

Justizausschuß

200 meldeten sich für Wehrstrafgerichte im Verteidigungsfall

Rund 200 Richter, Staatsanwälte und Justizbeamte in Nordrhein-Westfalen haben sich freiwillig für Wehrstrafgerichte gemeldet, die der Bund für den Verteidigungsfall vorsieht.

Diese Auskunft erhielt der Vorsitzende des Justizausschusses, Egbert Reinhard (SPD), der bemängelt hatte, daß eine „schwarze Wehrgerichtsbarkeit“ bestehe und Richter des Landes ohne gesetzliche Grundlage im Besitz einer Abordnungsverfügung seien.

Die Meldung der Richter und Beamten kann, so Staatssekretär Dr. Röwer (SPD), jederzeit zurückgezogen werden. Die Praxis der vorbereiteten Abordnung laufe im übrigen seit 1969 ohne Rechtsbedenken des Bundes oder der Länder.

Der Justizausschuß erörterte bei seiner letzten Sitzung ferner die Belastung der Bewährungshelfer und die Tätigkeit ehrenamtlicher Bewährungshilfevereine. Justizministerin Inge Donnepp (SPD) gab zu Protokoll, jeder Bewährungshelfer habe rund 65 Probanden zu betreuen.

Ausgehend von einer erwünschten Richtzahl von 45 Probanden, fehlten somit 239 Stellen, errechnete Maria Jammes (SPD). Einschränkung in der Probandenbetreuung habe negative Auswirkungen auf die Resozialisierungsbemühungen. Hans Wagner (CDU) wies darauf hin, damit wachse die Gefahr, daß mehr Bewährungsaufsichten widerrufen würden und mehr Haftstrafen zu verbüßen seien. Dies habe zur Folge, daß höhere Kosten entstünden, da der Vollzug einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe das Dreifache einer dreijährigen Bewährungsaufsicht koste. Ein Stellenabbau im Bereich der Bewährungshilfe sei nicht zu vertreten.

Bewährungshelfer

Inge Donnepp wies darauf hin, daß in der Vergangenheit die Stellen für Bewährungshelfer nicht im gewünschten Maße vermehrt worden seien. Sie versprach, sich auch künftig dafür einzusetzen, daß diese Stellen beim Personalabbau ausgenommen würden. Sie wolle erneut versuchen, den Kausalzusammenhang zwischen notwendigem Stellenanstieg und möglicher Ersparnis auch den Finanzpolitikern klarzumachen.

Einigkeit stellte Reinhard darüber fest, daß eine Entlastung allein durch ehrenamtliche Bewährungshelfer nicht erreichbar sei. An die Helfer würden hohe Anforderungen gestellt, und vielfach fehle das erforderliche Fachwissen.

Bewährungshilfe und Straffälligenhilfevereine, so ein Bericht des Justizministeriums, leisten wichtige Arbeit. Die Vereine kümmern sich um die Unterbringung von Straftentlassenen, helfen bei Schuldenregulierung und bieten soziale Trainingskurse an. Bewährungshilfe sei ohne diese Vereine nicht durchführbar, hieß es.

Porträt der Woche



Reinhard Grätz (SPD)

Vielleicht charakterisiert dies den Reinhard Grätz ganz treffend: Seit 13 Jahren ist der Wuppertaler Ingenieur jetzt schon Mitglied des Düsseldorfer Landtags – aber duzen tut er sich, im Gegensatz zu den allermeisten Kollegen in der SPD-Fraktion, mit keinem einzigen Christdemokraten. Immerhin: „Mit einigen ganz wenigen“ Kollegen von der Opposition habe er ein „stilles, menschliches Einvernehmen“, auf das man zurückgreifen könne, wenn es nötig wäre, gibt Grätz zu erkennen, nicht verhehlend, daß ihm im Interview Persönliches schwer über die Lippen kommt. Der vor 43 Jahren in Schlesien geborene stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion gehört zu den Stillen im Ständehaus am Schwanenspiegel. Höchstens einmal im Jahr, so schätzt er, werde er mal so wütend, daß seine Stimme durch die gut gepolsterten Türen des SPD-Fraktionsaals auf den Flur dringe. Der letzte Anlaß für einen solchen Ausbruch, an den er sich erinnern könne? Grätz, nun doch lächelnd: „Das war schon zu später Stunde während einer Diskussion über Selbstverständnis und künftigen Kurs meiner Partei. Da mußte ich einfach mal losbrüllen...“ Aber es scheint so, als sei ihm auch dieser einmalige jährliche Ausbruch irgendwie peinlich. Er sei kein „Pathetiker“, habe vielmehr aus seiner schlesischen Heimat noch schwereres Blut mitgebracht, als es die Menschen in seiner bergischen Wahlheimat ohnehin haben.

Reinhard Grätz ist seit 1957 Sozialdemokrat. Das Eintrittsdatum hat er noch genau im Kopf. „Es war einen Tag vor meinem 17. Geburtstag.“ An so eine Art Aha-Erlebnis, das ihn zu dieser Entscheidung bewegt hätte, kann er sich dagegen nicht erinnern. Das hat es wohl auch nicht gegeben. Das politische Interesse sei bei ihm so etwas wie ein „Naturereignis“ gewesen. Ein bißchen sei er von den sozialdemokratischen Großvätern geprägt worden – aber, setzt er hinzu: „Entscheidend war wohl das eigene Erleben sozialen Unrechts, der Benachteiligung, der man als Vertriebener ausgeliefert war.“ Damals, nach dem Krieg, lebte Grätz mit seiner Mutter im Niedersächsischen. Die Realschule in der Kilometer entfernten liegenden Kreisstadt zu besuchen, blieb ein unerfüllbarer Wunsch. Aber er wurde nach nur siebenjähriger Volksschule auch nicht Knecht auf einem der umliegenden Höfe, wie viele seiner Altersgefährten,

machte vielmehr eine Lehre als Ofensetzer und Fliesenleger, biß sich durch bis zum graduierten Ingenieur für Keramik. Heute ist Reinhard Grätz in seinem eigenen Selbstverständnis ein Politiker, ein Mensch, dem die Beschäftigung mit der Politik, mit öffentlichen Dingen – ja, er sagt es so – „Freude macht“. Und das, obwohl manche Blütenträume, die nicht nur er nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit am 5. Mai 1980 über die landespolitischen Möglichkeiten einer solchen Mehrheit längst verdorrt sind. Die Landeskasse ist leergefegt, daran ändert auch die absolute Mehrheit nichts. Grätz sagt es ganz lapidar: „Politik kostet Geld.“ Und das gelte auch für gesellschaftspolitische Reformen, selbst wenn es manche Genossen geben mag, die das nicht einsehen wollen. Dennoch: Am Bildungsurlaubsgesetz hält der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende eisern fest. Er rechnete es sich als Verdienst an, daß Johannes Rau dieses Versprechen ausdrücklich in seine achtziger Regierungserklärung aufgenommen hatte. Er will weiter dafür streiten, daß trotz der zögerlichen Haltung des Ministerpräsidenten noch in dieser Legislaturperiode „ein gesetzlicher Ansatzpunkt“ für einen Bildungsurlaub für die Arbeitnehmer vom Landtag festgemacht wird.

Daß er Einfluß auf die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen hat, Einfluß auch nimmt, manchmal direkt in die Ministerien hinein, Reinhard Grätz streitet das nicht ab. Er möchte das auch noch gern lange Jahre weitertun. Vorausgesetzt, der Wähler gibt ihm dazu die Möglichkeit. Sehr bange braucht Grätz da nicht in die Zukunft zu schauen. Bei der Wahl 1980 wurde er mit stolzen 51,5 Prozent der Stimmen in den Landtag gewählt.

Reinhard Voss